

Schwerpunkt Entflechtung von Staat und Kirche

«Volksblatt»-Umfrage

Befürworten Sie den geplanten Weg der Entflechtung von Staat und Kirche?



«Wir gehen bereits in Richtung Klerikerstaat. Mit dem Abschluss des Konkordats würden wir diese Entwicklung nur zementieren.»

MARIO HEEB
ESCHEN



«Ich stehe dem Konkordat sehr kritisch gegenüber. Es ist gefährlich, wenn wir unser Mitspracherecht völlig aus der Hand geben.»

KLAUS BIEDERMANN
VADUZ



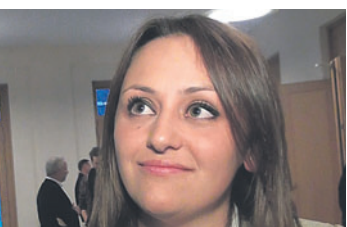
«Ich habe Mühe mit dem Konkordat, weil noch viele offene Fragen sind. Die Pfarreiangehörigen haben letztlich nichts mehr zu melden.»

ERICH OSPELT
VADUZ



«Das Religionsgemeinschaftengesetz und die Verfassungsänderung sind sehr löblich. Das Konkordat würde den Zielen einer Entflechtung aber diametral entgegenstehen.»

ROBIN SCHÄDLER
BALZERS



«Die Stimmung hier im Saal sagt alles: Dass man mit dem Konkordat nicht einverstanden ist. Das gilt auch für mich und uns, die Freie Liste.»

DERYA KESCI
TRIESEN

Konkordat: «Pfusch» oder notwendiger Fortschritt?

Streitgespräch Die Diskussion entwickelte sich gestern Abend zum Konflikt zwischen Publikum und Podium: Während das Podium das Konkordat als dringend notwendigen Fortschritt verteidigte, waren im Publikum sogar Worte wie «Pfusch» und «Murks» zu hören.

VON MARTIN HASLER

Bei der Vorlage zur Entflechtung von Kirche und Staat handelt es sich um ein Paket mit drei Bestandteilen. Die von Regierungschef Adrian Hasler beschriebenen Ziele scheinen unbestritten zu sein: Gleichstellung aller Religionsgemeinschaften, Aufhebung des Sonderstatus für die katholische Kirche, Rechtssicherheit und erhebliche finanzielle Einsparungen. Strittig war gestern jedoch, ob das vorliegende Paket diese Ziele verwirklicht. Diskussionsteilnehmer Robin Schädler widersprach dieser Sicht vehement: Alle vier Ziele würden durch das Konkordat mit dem Vatikan zunichte gemacht, argumentierte er. Ausserdem stiess er sich - wie andere Diskussionsteilnehmer - an der Unkündbarkeit gewisser Konkordatsbestimmungen sowie dem hohen Preis für die Auflösung der zur Debatte stehenden Klauseln.

«Geben und Nehmen»

Der Regierungschef widersprach dieser Sichtweise genauso wie Prinz Nikolaus und der Schaaner Vorsteher Daniel Hilti. «Die Lösung sieht ein Geben und Nehmen vor», sagte Prinz Nikolaus: Schliesslich seien zahlreiche Pflichten für die Kirche vorgesehen, die heute nicht bestünden. Daniel Hilti verwies seinerseits auf die zu erwartenden Einsparungen für seine Gemeinde, die zwar nicht der vorrangige Grund für die Entflechtung, aber sicher willkommen seien: Heute gebe Schaan jährlich 900 000 Franken für die Kirche aus - in Zukunft seien es noch maximal 380 000, eher aber nur noch 300 000 Franken. «Wenn



Theologe Günther Boss war gestern Abend einer der aktivsten Gegner des Konkordats im Publikum. (Foto: Paul Trummer)

man sich heute einig wird, ist es geregelt - dann will ich gar keine andere Lösung mehr», kommentierte Hilti kritische Wortmeldungen zu vermögensrechtlichen Entflechtung.

«Wenn das Volk die Entflechtung nicht will, ist das auch in Ordnung.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

Forderungen nach einer kompletten Aufgabe des bisherigen Wegs nicht weit. In zehn Jahren sei das heutige Problem mit der Kirche im Land ohnehin gelöst, verlieh der im Publikum anwesende Theologe Günther Boss dem verbreiteten Misstrauen gegenüber dem Erzbistum Ausdruck. «Das Konkordat bindet Staat und Kirche sehr eng zusammen», kritisierte er den «Pfusch». Von anderer Seite war sogar der Vorwurf

zu hören, Regierung und Verhandlungsdelegation seien «vor den Forderungen von Kirche und Krone» eingeknickt - und dass es kein Verhandlungsmandat für die Delegation gegeben habe.

Widerspruch vom Podium

Dem widersprach das Podium energisch. Der Auftrag zur Aufnahme der Verhandlungen sei klar gewesen, betonte Prinz Nikolaus. Regierungschef Adrian Hasler wies seinerseits auf die Stützung des eingeschlagenen Wegs durch den Landtag als Volksvertretung hin. Pauschale Vorwürfe an die Adresse von Politik und Delegation seien fehl am Platz, verteidigte er den eingeschlagenen Weg. «Entweder man will die Entflechtung oder man will sie nicht», sagte er klar: «Wenn das Volk das nicht will, ist das auch in Ordnung.»

Chronologie

Entflechtung von Staat und Kirche

Herbst 1997: Nach der Errichtung des Erzbistums Vaduz durch den Heiligen Stuhl spricht sich Fürst Hans-Adam II. offen für eine Trennung zwischen Staat und Kirche aus, da «die enge Verquickung von Kirche und Staat der Religionsfreiheit widerspricht».

März 1999: Bei einem Symposium zum Thema des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Barendorn spricht sich Regierungschef Mario Frick gegen eine vollständige Trennung der beiden Sphären aus. Erzbischof Wolfgang Haas fordert ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl sowie die Einführung einer Mandatssteuer.

Februar 2000: Der Verein für eine offene Kirche unterbreitet einen Vorschlag zur Entflechtung von Staat und Kirche, die den Status der Landeskirche zumindest vorerst beibehält, aber zusätzlich die Basis für die öffentlich-rechtliche Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften schaffen soll. Generalvikar Markus Walser steht diesem Vorschlag kritisch gegenüber.

Anfang 2001: Die Regierung Frick beschliesst in einem Grundsatzentscheid, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf eine neue Grundlage zu stellen.

Mai 2003: Vor dem Hintergrund einiger umstrittener Entscheidungen des Erzbistums bekräftigt Regierungschef Otmar Hasler, die Arbeitsgruppe der Vorgängerregierung auszubauen und das Thema Entflechtung von Kirche und Staat in Angriff zu nehmen.

April 2006: In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Günther Kranz (VU) spricht Regierungschef Otmar Hasler davon, dass die Themen der gütterrechtlichen Entflechtung sowie die Finanzierung von Kirchen die Hauptdiskussionenpunkte bei der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat sein werden.

Mai 2007: In einem Brief wirft Generalvikar Markus Walser der Regierung mangelnden politischen Willen in Sachen Entflechtung von Staat und Kirche vor. Regierungschef Hasler widerspricht und betont, dass in der Arbeitsgruppe grosse Fortschritte gemacht wurden.

November 2007: Regierungschef Otmar Hasler präsentiert den Vernehmlassungsentwurf zur Entflechtung von Staat und Kirche. Schwerpunkte sind die Abschaffung der katholischen Kirche als Landeskirche, die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften sowie die Finanzierung über eine Mandatssteuer.

November 2008: Ablauf der Vernehmlassungsfrist. Die Gemeinden begrüssen den Vorschlag der Regierung genauso wie die evangelisch-lutherische und die evangelisch-protestantische Kirche. Das Erzbistum bekräftigt erneut die Forderung nach einer institutionellen Entflechtung auf der Grundlage eines Konkordats anstatt über den Gesetzesweg.

Juni 2011: Regierungschef Klaus Tschüscher präsentiert seinen Vorschlag zur Entflechtung von Kirche und Staat: Vorgesehen ist eine Finanzierung der Religionsgemeinschaften über Spenden, die vermögensrechtlichen Fragen auf Gemeindeebene

werden ausgeklammert. Erzbischof Wolfgang Haas teilt der Regierung mit, am Staatsfeiertag keine heilige Messe mehr auf der Schlosswiese zu halten. In einer Stellungnahme kritisiert Generalvikar Markus Walser die Vorlage der Regierung und spricht davon, dass sich diese aus der Verantwortung stehlen wolle.

August 2011: In seiner Rede zum Staatsfeiertag ruft Erbprinz Alois dazu auf, das Thema entschlossen anzugehen: «Die Zeit ist gekommen, um konkrete Schritte zu setzen.»

September 2011: Die Vernehmlassungsfrist für die Vorlage von Regierungschef Klaus Tschüscher läuft ab. Die Stellungnahmen von Erzbistum, der Vorsteherkonferenz, dem Verein für eine offene Kirche sowie den reformierten Kirchen sind durchweg kritisch.

Januar 2012: Der Verein für eine offene Kirche kritisiert im Zusammenhang mit Treffen zwischen Vertretern Liechtensteins und dem katholischen Nuntius die «Geheimdiplomatie» der Regierung und wünscht sich mehr Transparenz.

Februar 2012: Regierungschef Klaus Tschüscher bekräftigt, die Entflechtung von Staat und Kirche noch in der ersten Jahreshälfte in den Landtag bringen zu wollen.

Juni 2012: Regierungschef Klaus Tschüscher lässt verlauten, dass eine erste Lesung der Vorlage erst im Herbst zu erwarten sei. Er bestätigt zudem, die Vernehmlassungsvorlage nach der heftigen Kritik in zentralen Punkten abgeändert zu haben.

Oktober 2012: Aufgrund zahlreicher offener Fragen verschiebt der Landtag die ers-

Wortmeldungen

«Eine Ideallösung gibt es nicht. Der jetzige Weg ist eine gute Grundlage für eine Lösung, ein Gegenorschlag liegt nicht am Tisch.»
Regierungschef Adrian Hasler

«So weit waren wir noch nie. Diese Chance dürfen wir uns nicht entgehen lassen.»
Daniel Hilti, Vorsteher Schaan

«Das Konkordat ist sicher ein Geben und Nehmen.»
Prinz Nikolaus

«Wir haben natürlich nicht alles gelöst, aber wir sind einen grossen Schritt weiter. Ich bin mir ganz sicher, dass wir in 10, 15 oder 20 Jahren auch den Rest lösen.»
Daniel Hilti, Vorsteher Schaan

«Mit diesem Vertrag geben Sie die Besitztümer dem Klerus, aber nicht der Kirche.»
Günther Boss, Triesenberg

«In meinen Augen ist das Konkordat ein Pfusch und ein fundamentaler Widerspruch in sich: Man kann nicht von Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften sprechen und die katholische Kirche bevorzugen.»
Günther Boss, Triesenberg

«Die Politik ist vor dem Thron und dem Altar eingeknickt.»
Carl Walser, Gamprin

«Ich bin nicht eingeknickt, ich habe einen ganz geraden Rücken. Ich gehe nur meinen Weg.»
Regierungschef Adrian Hasler

«Wenn das Volk sagt, es will diese Lösung nicht, akzeptiere ich das.»
Regierungschef Adrian Hasler

«Wir haben weder einen Befehl vom Schloss noch von einem Pfarrer bekommen.»
Ernst Büchel, Vorsteher Ruggell

«Genau jene, die am wütesten tun, sehen die Kirche am seltesten von innen.»
Ernst Büchel, Vorsteher Ruggell

www.volksblatt.li

